

Ein Jahr Großdeutschland:

Ein Volk, das andere unterdrückt, kann selbst nicht frei sein!

„Leningrad heißt jetzt wieder St. Petersburg, die Kommunistische Partei wird in Moskau verboten, die Mauer in Berlin ist gefallen und Deutschland ist wieder vereint: An manchen Tagen kommt es mir vor wie ein Traum.“ Ein Traum, den Kanzler Kohl

den Studenten in Berkeley erzählte, ein Jahr nach der Annexion der DDR. Unser Traum war's nicht, seit wann hätten die Arbeiter dieselben Träume wie jener? Ein wenig besser leben wollten die ganz Genügsamen und hofften, das kehre nach dem 3. Oktober 1990 auch in der DDR ein. Frieden erhofften die Unersättlichen, die doch nur leben wollen, und glaubten ihn gesichert in diesem „gemeinsamen Haus Europa“, zu dem jetzt auch die ganze deutsche Nation gehören würde.

Was ist übrig geblieben, nach nur einem Jahr? Nichts! Und kein Jota werden wir all dem näherkommen, wenn wir unseren Frieden machen mit jener Räuberpisto-

le, die seit einem Jahr als „deutsche Wiedervereinigung“ aufgeführt wird.

Es ist diese Annexion selbst, die das bessere Leben, den Frieden und die Demokratie verhindert und zerschlägt. Durch einen Raubzug werden

nur die Räuber reicher. Die Arbeiter sind ärmer geworden. Besseres Leben, das heißt Großproduktion. Sie vereint die Arbeiter, Vereinigung und Zusammenhalten der Arbeiter aber ist Bedingung für das bessere Leben. Die Treuhand organisiert das Mittelalter: „Etwa ein Drittel der von der Treuhand bisher verkauften Unternehmen hat nicht mehr als 200 Beschäftigte. Ein weiteres Drittel dürfte auf Unternehmen mit bis zu 400 Beschäftigten entfallen.“ (FAZ, 3.9.91) Die angeschwollenen Produktionskapazitäten unserer Herren reichen, wie sich herausstellt, vollends aus, die Annektierten mit Margarine, Quelle-Klamotten, Gebrauchtwagen und Bankschulden zu



Einsichten – Aussichten – Deutscher Gegenwart

Broschüre der Kommunistischen Arbeiterzeitung.

Inhalt: ● Zu Jugoslawien: Das Feuer kommt zu den Brandstiftern oder: Eine Annexion zieht die andere nach ● Zur einverleibten DDR: Wenn die Deutschen Reiche machen ● Zu Österreich: Wie weit reicht Deutschland? oder: Von der Wiedervereinigung in der großen Version

52 Seiten · DM 2,50 · Erhältlich beim Verteiler dieser Flugschrift oder über: Verlag Das Freie Buch, Tulbeckstr. 4, 8000 München 2

versorgen. Die Arbeit westdeutscher Arbeiterhände taugt, so erfährt der ostdeutsche Arbeiter, auf jeden Fall dazu: ihn auf die Straße zu werfen. 16 Millionen konnten von der Produktion der DDR bis vor einem Jahr leben, ohne ihre Hemden in Südkorea oder Tunesien nähen und ihre Lebensmittel von halbverhungerten Bananen- und Kaffeepflückern in Asien, Afrika und Lateinamerika beschaffen zu lassen. Ein Jahr hat genügt, Millionen in der DDR brotlos zu machen. 16 Millionen ernährte die Landwirtschaft eines Gebietes, dessen einer Teil einst als „des deutschen Reiches Streusandbüchse“ galt. Ein Jahr hat genügt, dort mehr landwirtschaftliche Nutzfläche brachzulegen als in allen 12 EG-Staaten zusammen in mehr als 30 Jahren. Wer unter den kümmerlichen Verwertungsbedürfnissen selbst der größten deutschen Monopole nicht mehr profitabel ausbeutbar ist, muß ernährt werden wie einst die römische Plebs: durch Spenden. Bezahlen muß sie der westdeutsche Werkstätige. So wird Haß geschürt und eine Klasse gespalten. „Baut die Mauer wieder auf!“, grölt die Südkurve westdeutscher Fußballstadien, wenn DDR-Mannschaften spielen. Es klingt wie „Ausländer raus!“ und ist auch so gemeint.

Großdeutsche Kanzlerträume

„Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.“ Als der Reichskanzler Bethmann-Hollweg das notierte, standen seine Truppen vor Paris, man schrieb das Jahr 1914, und ein Weltkrieg war nötig, damit dieser Traum geträumt werden konnte. Daß die Bundesrepublik diese wirtschaftliche Vorherrschaft in Europa erreicht hatte, ohne einen Schuß abzugeben, beruhigte viele: es war ihnen allemal lieber, die Souveränität anderer Völker werde mit den zivilisierten Methoden von Kapitaleexport, Kredit und „Entwicklungshilfe“ in Klump gehauen, als daß dabei auch noch geschossen würde. Jetzt zeigt schon der erste Schritt dazu,

diese ökonomische Vorherrschaft in Gebietserweiterung umzusetzen, wie schnell die goldenen Kugeln schmelzen und der Einsatz der bleiernen in ernsthafte Erwägung zu ziehen ist; wie sehr also ihr Frieden und ihr Krieg aus einem Stoffe sind. Denn der politische Sieg der „deutschen Wiedervereinigung“ führte zu einer wirtschaftlichen Krise, die *„schlimmer ist als die Weltwirtschaftskrise von 1929“* (taz, 20.4.91). Daß die deutsche Bourgeoisie in Millionenumfang ihre ostdeutschen Sklaven ernähren muß, statt von ihnen ernährt zu werden, hat die Staatsverschuldung in astronomische Höhen getrieben: von 1,3 Billionen Mark spricht die Bundesbank. *„Anders ausgedrückt: Der Staat hat bald so viele Schulden, wie die gesamte deutsche Volkswirtschaft in einem Jahr an Werten schafft.“* („Wirtschaftswoche“ 26/91) Das Geld dafür, so es nicht aus unseren Taschen kommt, wird aus der ganzen Welt zusammengezogen, was die Konkurrenz kaum mehr hinzunehmen bereit ist: *„Die französische Wirtschaft mit ihrer lahmen Konjunktur wird mit den höchsten Zinsen dieses Jahrhunderts bestraft und schleppt sich so dahin – eben weil sie sich nach den Kampfzinsen der Bundesbank richten muß. Muß man unseren schon angeschlagenen Mittelstand noch bestrafen und unsere Arbeitslosenquote weiter steigen lassen, nur damit das neue Großdeutschland in drei Jahren mächtiger ist als jemals zuvor?“* fragt „Le Monde“.

Haben Staat und Regierung versagt? Ist Kohl führungsschwach? Solange wir uns nicht rühren, wird die Antwort darauf immer nur der Ruf nach dem starken Mann sein. Man kann das alles korrigieren, und ausweglos ist für die Monopole keine Situation. Man kann uns noch mehr Steuern abpressen. Man kann Geld drucken und die Preise hochtreiben. Was für einen Staat man dazu aber braucht, weiß die Unternehmensberatungsfirma McKinsey, die der Bundesregierung gerade erklären soll, warum ihr politischer Wiedervereinigungssieg wirtschaftlich so gar in die Hose geht: *„... schwebt den Unternehmensberatern die Einrichtung eines Brain-Trusts auf oberster Ebene vor. Der Kanzler und zehn bis fünfzehn namhafte Persönlichkeiten aus dem öffentlichen und privaten Bereich sollen die Fäden in die Hand nehmen und den Wiederaufbau der neuen Länder leiten.“* („Wirtschaftswoche“ 23/91) Ein Ausweg, der an den

„Reichsausschuß der deutschen Wirtschaft“ erinnert, und den man 1930 auch schon wußte: „zunächst die planwirtschaftliche, staatskapitalistische, autoritäre Einrichtung Deutschlands im Inneren und die u.a. wirtschaftlich bedingt kompromißlose außenpolitische Umorientierung nach Osten und Südosten“ hatte der konservative „Tat“-Kreis verlangt. Die Nazis waren, um mit Brecht zu sprechen, nur der Unmensch von Metzger, der das Kalb schlachtete; das Filet hatten die deutschen Monopole schon vorher bestellt. Damals piffen die größten und expansionistischsten von ihnen auf Marktwirtschaft, Konkurrenz und rechtsstaatlichen Klimbim und ordneten sich Staat und Wirtschaft in einem Ausmaß unter, wie sie es in der Geschichte jeweils nur vor und während Kriegen zuwege brachten. Heute ist ihnen selbst das gutbürgerliche Recht auf Eigentum bei der Ausschachtung der DDR im Wege; sie lassen einen Ex-General Schmückle im „Spiegel“ nach der Aufhebung des Arbeitsmarkts und der Einführung des Arbeitsdienstes rufen und zimmern an der radikalsten Strafprozeßreform seit Roland Freisler.

Denn zumindest Teile der Regierung haben verstanden: „Eine nachrevolutionäre Situation läßt eben auch im rechtsstaatlichen Bereich nicht die reine Lehre zu. Die Menschen in den neuen Ländern würden wohl kaum verstehen, wenn wir auf einem ausziselierten Prinzipien-Rechtsstaat bestünden und zugleich nicht in der Lage wären, die in vielen Bereichen defizitäre Situation zu bewältigen.“ (Bundesjustizminister Klaus Kinkel) Theo Waigel „bereitet eine Aktion zur Sanierung der Staatsfinanzen vor. Er prüft ‚alle Optionen einer Bündelung der nationalen Kräfte‘.“ („Spiegel“ 37/91)

**„Verächtlich
blickt man auf den Balkan
von jenem schrecklicheren Balkan aus,
der Europa heißt.“**

Egon Erwin Kisch, 1913

Vor diesem Deutschland haben die Völker Europas wieder Angst. Über die Hälfte aller Polen glaubt nicht an die Sicherheit der eben garantierten Grenze. Zu Recht. Seit der Sozialismus der Sowjetunion den Frieden Europas nicht mehr schützte (also seit

Chruschtschow), hing es am seidenen Faden der Angst der Imperialisten voreinander, ob nicht doch geschossen würde. Das hieß man die „alte Weltordnung“, und daß die jetzt hin ist, darauf gab es am 3. Oktober 1990 Brief und Siegel. Es beginnt eine Vorkriegsunordnung wie vor 1914. Und seither kohlt Europa.

Als das wilhelminische Deutschland 1911 in Marokko Frankreich herausforderte, da war das in der Wüste und ungefähr so weit entfernt wie der Golf. Der Balkan war schon näher, und im August 1914 stellte es sich heraus, warum 1912 Serben, Bulgaren und Montenegriner auf Türken, 1913 Bulgaren auf Serben geschossen hatten: zur leichteren Entscheidung der Frage, wessen Truppen sich letztlich im Herzen Europas gegenüberstehen würden und in welcher Stärke. Entgegen anderen Verlautbarungen wird heute in Jugoslawien nichts anderes ausgeschossen als die Frage, ob sich das neue große Deutschland mit einer Europapolitik durchsetzt, die nach dem Motto verfährt: „Wir lavieren nicht, sondern stellen unsere Forderungen, damit hier jeder Bescheid weiß.“ (Staatssekretär Köhler in Brüssel) Daß da sowohl von der BRD, die Waffen nach Slowenien und Kroatien liefert oder über Österreich liefern läßt, als auch von Frankreich und den USA, die lieber ein einheitliches Jugoslawien als Bollwerk gegen den deutschen Drang zum Mittelmeer sähen, kräftig Nationalismus unters Kanonenfutter gemischt wird, ändert daran nichts. Im französischen Außenministerium jedenfalls weiß man, warum man die pro-kroatische Politik dieser BRD, die noch nicht einmal das Selbstbestimmungsrecht auf Lostrennung in der eigenen Verfassung kennt, stoppen will: „Weil sie sonst als nächstes die Selbstbestimmung für Schlesien und das Elsaß verlangen.“ („Spiegel“ 33/91)

Ein Jahr hat genügt, den Krieg sicherer zu machen. Es wäre dies, mache sich da keiner etwas vor, ein allen bisherigen Kriegen nicht vergleichbarer. Der friedliche Geschäftsgang normaler Zeiten reicht am Lebensende des Kapitalismus aus, durch Hunger, Verzweiflung und Selbstmord, im Verkehr, durch die Zerstörung von Natur und Umwelt, mit gigantischen Arbeitsunfallraten Leichenberge zu produzieren, für die noch Anfang dieses Jahrhunderts ein mittlerer Krieg geführt werden mußte. So lange duldeten wir diesen Frieden und

häuften den Reichtum für ein paar Dutzend Monopole, daß die Welt für sie zu klein geworden ist; so sehr zu klein, daß eine Neuaufteilung nur mit dem Ziel Weltherrschaft durch endgültige Liquidierung der Konkurrenz Erfolg verspricht und der von uns geschaffene Reichtum uns in der Möglichkeit entgegnet, zumindest einen Teil der Menschheit von diesem Planeten zu sprengen. So weit hat die Zivilisation der Rockefeller und Dupont, der Schneider Creusot, der Krupp und Deutschbankiers es gebracht, daß ihre nächste bewaffnete Auseinandersetzung dieses Europa nicht um ein paar Jahrzehnte zurückgeworfen wird, sondern für lange Zeit aus der Zivilisation wird ausscheiden lassen.

Längst wird nicht mehr die Nachkriegsordnung von 1945 in Frage gestellt, längst rührt man an die von 1919. Siegt Großdeutschland in Jugoslawien, meldet sein Vassall Ungarn Ansprüche an: „In Budapest hat Ministerpräsident Jozsef Antall schon in Frage gestellt, ob die 1919 beschlossene ungarisch-jugoslawische Grenze auch gelte, wenn es Jugoslawien nicht mehr gebe.“ („Wirtschaftswoche“ 33/91) Da wird sich Bonn zu revanchieren haben dafür, daß dieses Ungarn im Sommer 1989 unter Bruch seiner völkerrechtlichen Verpflichtungen die Neuaufteilung Europas mit anstoßen half. In Schlesien werden Deutsche gemacht wie die Brezeln: man drückt ihnen einfach Pässe in die Hand. „Nächstes Jahr wird es in Oberschlesien nicht über eine halbe Million deutschstämmiger Polen geben, sondern über eine halbe Million deutscher Staatsbürger.“ („Spiegel“ 24/91) Wo es keine deutschen Gebiete gibt, werden sie produziert: durch die Ansiedlung deutschstämmiger Bauern um Kaliningrad und Leningrad. Die brauchen dann nicht nur deutsche Pässe, die brauchen einen Korridor durch Polen. Die vierte Teilung Polens?

Ein Jahr hat genügt, und Europa wird wieder zu dem blutigen Kontinent, den der estnische Außenminister Meri, selbst einer der Protagonisten dieses Prozesses, am Horizont sieht: „Wenn Sie

hier Blut sehen werden, dann werden Sie Blut sehen auch in München, Paris und Madrid; denn es gibt nur ein Europa, und Europa hat nur ein Schicksal.“ (FAZ, 8.1.91) Und mitten drin, viel Feind', viel Ehr', das neue große Deutschland. „Unser Land liegt eben auch geographisch denkbar ungünstig. Wir sind die Stärksten und die Tüchtigsten und dementsprechend unbeliebt bei unseren Nachbarn. Damit müssen wir leben.“ (Kanzler Kohl lt. „Spiegel“ 37/91) Und wenn die Welt voll Teufel wär'!

„Rom zieht jetzt aus zur Schlacht mit seinen Ratten.

Der eine Teil muß draufgeh'n.“

Shakespeare, Coriolan

Ein Jahr hat genügt, Kohls Träume wahrzumachen. Dem Volk hauen sie die seinen um die Ohren, so groß sehen sie ihren Sieg. „Vielleicht ist der Mensch lernfähig, vielleicht ist er es nicht. Vielleicht wird er untergehen, ohne es zu merken. Aber den ‚neuen Menschen‘, den wir uns angeschminkt haben, den müssen wir uns wieder abschminken.“ rät uns Herr Augstein im „Spiegel“. Wie alt sie doch ist, ihre „neue Weltordnung“! Laßt alle Hoffnung fahren, ist ihr Motto. Ein Oben und Unten wird es immer geben.

Sehen wir uns an, wieviel mehr an Elend, Angst, Unsicherheit, Krieg und Zerstörung nach einem Jahr Großdeutschland eingekehrt ist in Europa. Dem Arbeiter wird nichts anderes übrigbleiben, als Herrn Augstein seinen Rat in den geschwollenen Hals zurückzustopfen. Er ist lernfähig, weil er es sein muß. Er wird den neuen Menschen schaffen müssen, nach Lage der Dinge kann nur er es sein, er kann nicht anders, so er leben will. Mag ein Teil des Volks heute noch Kohls Träume mitträumen – der Arbeiter kann und darf es nicht, bei Strafe seines Untergangs. Der erste Schritt ist: d a ß e r e k e n n t , w a s i s t . Ein Jahr Großdeutschland ist genug.